

Sachdokumentation:

Signatur: DS 990

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/990



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Resolution der Gewerkschaften SSM und syndicom z.H. SGB-Frauenkongress vom 19./20. Januar 2018

Gegen den Ausverkauf des medialen Service public. NEIN zur Medienerschlagungs-Initiative "No Billag" vom 4. März 2018.

Die Abschaffung des öffentlichen Radios und Fernsehen, das ist das Ziel der rechtspopulistischen "No Billag" - Initiative. Den 17 Radio- und 7 TV-Programme der SRG und den 34 privaten regionalen Radio- und TV-Stationen würde die finanzielle Grundlage entzogen, Sendeschluss wäre das Resultat. Wenn wir die Informationsverbreitung und den Journalismus den Milliardären und Shareholder-Interessen überlassen, droht der Schweiz eine zutiefst anti-demokratische und anti-feministische Medienlandschaft. Die Mitglieder der SGB-Frauenkommission unterstützen das SSM und syndicom bei ihrem Kampf für einen starken Service public, eine lebendige Medienvielfalt und faire Arbeitsbedingungen in den Medien – gerade auch für Frauen.

Warum die SRG auch aus gleichstellungspolitischer Hinsicht wichtig ist

Gleichstellung ist bei der SRG bereits in der GAV Präambel explizit festgehalten. Mit den frauenfreundlichen Arbeitsbedingungen setzt dieser GAV für die gesamte Medienbranche vorbildliche Massstäbe: Die Lohnschere bei der SRG ist sowohl zwischen Minimal- und Maximallohn (mit einem Verhältnis von 1 zu 10) als auch zwischen den Geschlechtern so gering wie fast nirgends sonst. Seit 2013 untersucht die SRG anhand des Lohngleichheitsinstruments des Bundes (Logib) jährlich die Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern. Die Resultate zeigen: In der SRG liegt die nicht erklärbare Lohndifferenz zwischen Frauen- und Männerlöhnen zurzeit bei 3,5 Prozent und ist damit deutlich unter der vom Bund festgelegten Toleranzschwelle von 5 Prozent.

Mit einem Frauenanteil von 43 Prozent (45% beim GAV Personal, 28% beim Kader) ist der Frauenanteil bei der SRG deutlich höher als in anderen Medienbetrieben (Print 35,1% gemäss Studie „Journalisten in der Schweiz“ von Guido Keel, 2008). Auch bei der Förderung von Frauen in Führungspositionen spielt die SRG eine positive Rolle: sie will mit motivierenden Massnahmen und guten Rahmenbedingungen den Frauenanteil im Kader bis 2020 auf 30 Prozent zu erhöhen. Diese Unternehmenspolitik zeigt, dass Gleichstellung nachhaltig machbar, kontrollierbar und umsetzbar ist.

Die SRG hat damit eine wegweisende, gleichstellungspolitische Vorbildfunktion für Gesellschaft und Medienindustrie.

Bei einer Annahme der „No Billag“- Initiative müsste das Schweizer Radio- und Fernsehen jedoch auf den 1.1.2019 schliessen. Damit würden in der audiovisuellen Industrie, direkt und indirekt, 13'500 Stellen vernichtet.

Gerade angesichts des laufenden Umbruchs und der Monopolisierungstendenzen in den privaten Print- und Onlinemedien braucht es einen kommerziell und politisch unabhängigen Service public der SRG, um die Meinungsvielfalt und gesellschaftliche Diversität zu pflegen.

Ein Sendeschluss bei der SRG und den betroffenen 34 privaten Radio- und Fernsehstationen ist einzig für jene neoliberalen Lobbies von Nutzen, welche die Medien- und Informationsversorgung der Bevölkerung zum Instrument privater Interessen machen wollen. Die Medienlandschaft der USA oder Italien zeigt: Wo Medienbesitz zum Hobby von Oligarchen wird, wird die Kontrolle und Beeinflussung von Informationen und Journalismus zum Machtmittel. Die „No Billag“- Initiative ist damit nicht bloss eine Bedrohung für die Meinungsfreiheit und -vielfalt. Sie ist ein radikaler Angriff auf unsere kollektiven und sozialen Errungenschaften und Werte.

Der SGB-Frauenkongress spricht sich dezidiert gegen die gesellschaftszersetzende und demokratiegefährdende „No Billag“-Initiative aus.

Wir wollen die Darstellung der Wirklichkeit und die Entscheidung, wie und worüber öffentlich geredet wird, nicht den erzkonservativen Stammtischstrategen eines Blocherimperiums überlassen.

Der SGB-Frauenkongress unterstützt die Kolleginnen bei der SRG und bei den betroffenen privaten Radio- und TV-Sender und stellt sich hinter die Gewerkschaften SSM und Syndicom im Kampf gegen „No Billag“.